

betreffend die Sicherheitssituation im Kleinbasel

Die Sicherheit im Sinne der Gewaltfreiheit für alle Menschen, die in Basel leben, ist eine zentrale Voraussetzung für eine lebenswerte Stadt. Entsprechend stellt die Bekämpfung von Gewalt einen Schwerpunkt in der regierungsrätlichen Planung dar. Es ist zu berücksichtigen, dass Sicherheit und Sicherheitsempfinden komplexe Themen sind, die von verschiedenen Faktoren wie z.B. geografische Lage, Geschlecht, soziodemografisches Umfeld, bauliche Massnahmen, mediale Darstellungen und gesellschaftliche Stigmatisierung etc. beeinflusst werden. Je nach Bereich gibt es eine hohe Dunkelziffer.

Die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) von 2022 zeigt im Gegensatz zum Jahr 2021 einen Anstieg der registrierten Gewaltdelikte im Kanton Basel-Stadt. Es gibt eine deutlich ungleiche geografische Verteilung in der Stadt: Besonders im unteren Kleinbasel haben sich gewisse Delikte, wie zum Beispiel in der Dreirosenanlage, gehäuft.

Entsprechend wichtig ist es, dass langfristig und departementsübergreifend analysiert und gehandelt wird. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, könnte eine interdepartementale Arbeitsgruppe mit externen Organisationen wie zum Beispiel Schwarzer Peter, Elim, etc. eingerichtet werden, um unterschiedliches Fachwissen zusammenzubringen und die vorhandenen Ressourcen besser zu nutzen oder auszubauen.

Ich bitte den Regierungsrat höflichst um die Beantwortung meiner Fragen:

1. Wie interpretiert der Regierungsrat die polizeiliche Kriminalstatistik in Bezug auf das untere Kleinbasel?
2. Wie sieht der Regierungsrat die aktuellen Entwicklungen im unteren Kleinbasel, insbesondere im Dreirosenpark, Matthäusplatz, Kaserne, Klybeck, etc.?
3. Was sind aus Sicht des Regierungsrates entscheidende Faktoren für die Sicherheit im unteren Kleinbasel?
4. Welche Faktoren tragen im Kleinbasel dazu bei, dass sowohl mehr Gewaltvorkommnisse als auch ein schlechteres Sicherheitsempfinden stattgefunden haben?
5. Wie gedenkt der Regierungsrat, das Vertrauen in die Sicherheit der Bevölkerung im unteren Kleinbasel zu stärken?
6. Welche Best Practices und Erfahrungen aus anderen Städten zieht der Regierungsrat bei?
7. Wie funktioniert die departementsübergreifende Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit, und wie kann diese verbessert werden? Welche polizeiexternen Faktoren müssen verbessert werden (sozioökonomisch, migrationsrechtlich, städtebaulich, etc.), damit es zu geringeren Vorfällen im unteren Kleinbasel kommt?
8. Welche Expertise und Ressourcen sind erforderlich, um eine interdepartementale Arbeitsgruppe mit externen Organisationen (wie oben erwähnt) zur Sicherheitsverbesserung im unteren Kleinbasel einzurichten, langfristig aufrechtzuerhalten und deren Tätigkeit regelmässig auszuwerten?
9. Hat der Regierungsrat bei den Entscheidungen, weitere Belastungsfaktoren ins untere Kleinbasel zu verlagern (z.B. Verschiebung Gassenküche, provisorische Wohnsiedlung für Asylsuchende bzw. UMA's, Vergrößerung ELIM), bedacht, dass hier bereits die Auswirkungen des Bundesasylzentrums, des Gassenzimmers sowie der hohen Anzahl an Wohnungen für Menschen mit geringen Wohnkompetenzen im dichtbesiedeltesten Quartier sicherheitsrelevante Folgeerscheinungen bringen könnten?
10. Wie kann die Situation im unteren Kleinbasel, das durch verschiedene (wie oben erwähnten) Faktoren stark belastet ist, konkret verbessert werden? Welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat diesbezüglich kurz-, mittel- und langfristig unter Einbezug aller relevanten Faktoren (soziodemografisches Umfeld, finanzielle Mittel, Bildungsstatus, fehlende Naherholungsgebiete und Grünflächen, dichte Wohnverhältnisse, etc.)?
11. Wie möchte der Regierungsrat verhindern, dass zusätzlich zu der zugespitzten Situation im unteren Kleinbasel weiterer Kriminaltourismus aus den Nachbarländern angezogen wird? Ist der Regierungsrat in Kontakt mit den ausländischen (französisch-deutschen) Behörden? Falls ja, in welchen Bereichen gibt es eine Zusammenarbeit? Falls nein, weshalb nicht?
12. Welche Strategie verfolgt der Regierungsrat hinsichtlich Jugendlicher und junger Erwachsener, die aufgrund ihrer ungeklärten Situation oder ihres Aufenthaltsstatus mit Perspektivlosigkeit konfrontiert sind und teilweise keinen strukturierten Alltag haben? Ist der Regierungsrat mit Akteuren wie beispielsweise dem Staatssekretariat für Migration SEM, welches das Bundesasylzentrum betreibt, in Kontakt, und falls ja, welche Möglichkeiten und Lösungen konnten diskutiert beziehungsweise erreicht werden?

Mahir Kabakci